

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Renten und Mindestlohn rauf – Rentenalter runter!

Droht ein Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt?

Was haben Billigjobs und Altersarmut miteinander zu tun?

In Rottenburg müssen 3.800 Beschäftigte (30 Prozent aller Beschäftigten) im Niedriglohnsektor arbeiten, d.h. in Jobs, für die keine Sozialversicherung bezahlt wird. In der Corona-Pandemie erhalten sie kein Kurzarbeitergeld. Bereits im vergangenen Jahr sind die Löhne coronabedingt gesunken. Deshalb fiel jetzt im Juli im Westen die übliche Rentenerhöhung komplett aus, im Osten „stieg“ sie um 0,7 Prozent – und die Bundesregierung weigert sich, einen Corona-Zuschlag zu zahlen. Zugleich steigt die Inflation auf 3,9 Prozent, den höchsten Wert seit 1993. Besonders die Preise für Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Butter sind um 4,6 Prozent, für Energie (Heizkosten) um 12,6 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass die Renten zwar nicht nominal, aber real sinken.

Altersarmut geleugnet

Schon 2017 waren rund drei Mio. RentnerInnen altersarm. Hinzu kommen etwa 3,5 Mio. Langzeitarbeitsarbeitslose, fünf Mio. Minijobber, 1,8 Mio. Personen mit Erwerbsminderungsrente und drei Mio. Solo-Selbst-

ständige. Dies ist das Ergebnis der Agenda-Politik von Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Grüne),



**Mehr Lohn,
mehr Rente,
Armut
bekämpfen!**

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de

mit der 2001 der größte Niedriglohnsektor Westeuropas geschaffen wurde und für viele keine Sozialbeiträge mehr gezahlt werden.

Altersarmut kann man berechnen mithilfe der Grundsicherungsleistung, die

beim Sozialamt beantragt werden kann. Sie setzt sich zusammen aus Regelsatz und Warmmiete und betrug 2017 rund 800 Euro. Um sie zu erhalten, musste man 40 Jahre lang 2.300 Euro brutto verdient haben, das war von den 32 Mio. Versicherten nur bei knapp 45 Prozent der Fall – also erhalten trotz 40 Versicherungsjahren 14 Mio. Versicherte maximal eine Rente auf dem Grundsicherungsniveau des Sozialamtes!

Anders herum: Wie hoch müsste der gesetzliche Mindestlohn sein, um ein (gutes) Leben über dem Sozialhilfesatz zu garantieren? Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der LINKEN im Bundestag: Aktuell muss man 45 Jahre lang 39 Wochenstunden zu einem Bruttolohn von 12,21 Euro arbeiten, um eine Rente von 835 Euro netto zu erhalten (Zahlen für 2017).

Das belegt zweierlei: Der gesetzliche Mindestlohn von 9,50 Euro war bei seiner Einführung 2015 nicht armutsicher. Zweitens wird erst ab einem Mindestlohn von 14,37 Euro das Niveau von 1.058 Euro erreicht, das die so genannte „Grundrente“ jetzt festlegt – sofern man sie überhaupt bekommt. Denn die CDU/CSU hat die Bedingun-

>>>

Und weiter:

S21 - Neues Alternativkonzept Umstieg 21 Plus Seite 3

Kommunalpolitische Brunnenvergifter Seite 7

Flugfeld Baisingen - Einspruch abgelehnt Seite 10

Kindergrundsicherung - Angriff auf Kinderarmut Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Bedingungen erschwert: Weil sie erst nach 33 Beitragsjahren gezahlt werden soll, erhalten sie nach einer sehr bürokratischen und langwierigen Einkommensprüfung nur 1,3 Mio. Personen anstatt drei Millionen.

Diese Bedingungen schließen viele Frauen von vornherein aus: Altersarmut ist in Deutschland wesentlich weiblich! Deshalb fordert **DIE LINKE** statt einer durchlöchernten Grundrente eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro monatlich, wie sie in vielen europäischen Ländern (z.B. Österreich, die Niederlande) längst existiert.

Drei-Säulen-Modell

2001 hat die SPD-Grüne-Bundesregierung das Drei-Säulen-Modell aus umlagenfinanzierter Rente, Betriebs- und kapitalgedeckter Riester-Rente eingeführt. Bis dahin galt das Umlageverfahren von 1957, Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil wurden entsprechend dem Lohn direkt an die Rentenversicherung überwiesen. Der Beitrag war an das Wachstum der Löhne gekoppelt und mit 1,4 Prozent Versicherungskosten sehr günstig im Gegensatz zur Riester-Rente, die zwar den privaten Versicherungskonzernen (und ihren Aktionären) Milliarden in die Kassen spülte, aber 10-20 Prozent Kosten für die Verwaltung verbraucht.

Die versprochene Riester-Rendite sank von vier Prozent für die Versicherten 2017 auf 0,9 Prozent, so dass sie selbst Seehofer (CSU) für gescheitert erklärt. Besonders übel ist aber das von Andrea Nahles (SPD) großartig in Szene gesetzte „Betriebsrentenstärkungsgesetz“, das sie als ‚umfassendstes Konzept gegen Altersarmut‘ verkaufte.

Das Rentenniveau soll bis 2045 von aktuell 48 auf maximal 41,7 Prozent sinken, aber nur, wenn die Arbeitnehmer einer ‚Entgeltumwandlung‘ von Teilen ihres Lohns in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge bei einem Versicherungskonzern zustimmen. Bis dahin war eine Betriebsrente, für die 17,7 Mio. Beschäftigte Anwartschaften haben und von denen 5,4 Mio. im Öffentlichen Dienst arbeiten, vor allem vom Arbeitgeber bezahlt worden, der jetzt mit Nahles‘ ‚Reform‘ finanziell völlig entlastet wird - die Arbeitnehmer werden mit geringeren Kosten bei Steuern

und Sozialabgaben gelockt. Doch die Versicherten müssen seit 2004 auf Renten- und Kapitalauszahlungen die vollen Krankenkassenbeiträge leisten, auch den Arbeitgeberanteil, so dass am Schluss nur noch rund 55 Prozent von den Einzahlungen übrig bleiben. Dies schadet nicht nur den Versicherten, sondern auch der gesetzlichen Rentenversicherung, weil ihr die Beiträge der Arbeitnehmer und damit wichtige Einnahmen flöten gehen!

Rentenlügen führen in Altersarmut

Begründet werden alle Kürzungen der umlagefinanzierten Rente mit der ‚demografischen Entwicklung‘, will heißen: Es gäbe einen ‚Generationsvertrag‘ zwischen Jung und Alt, die jün-



Matthias R. Birkwald

geren Arbeitnehmer würden mit ihren Beiträgen die Renten der älteren sichern. Da die Geburtenrate (Pillenklick) aber sinkt, wären die Renten in Gefahr.

Diesen Unsinn verbreiten vor allem der Lobbyverband der Metallarbeitgeber (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft), die FDP, die AfD und einige hochbezahlte Professoren und ‚Experten‘. Entscheidend ist aber nicht die reine Anzahl der Beschäftigten, sondern ihre Produktivität, ihre Entlohnung und damit ihre Beiträge in die Rentenversicherung. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt seit den 90er Jahren (1991-2016) um rund 40 Prozent gestiegen, die versicherungspflichtigen Durchschnittslöhne stiegen real nur um

5,1 Prozent, die Renten sanken in diesem Zeitraum sogar um 5,7 Prozent.

Armutssichere Renten können gesichert werden durch eine schrittweise Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in eine Erwerbstätigenversicherung (wie sie in Österreich seit 2005 existiert!). Dadurch würde die Anzahl der Beitragszahler von aktuell rund 32 Mio. auf 44 Mio. Versicherte steigen und der Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in die Rente ab 2025 abgedeckt werden. Zudem könnten auch Kleinverdiener durch eine solidarische Mindestrente (anstelle des Fehlkonstrukts ‚Grundrente‘) geschützt werden, wie das in allen europäischen Ländern bis auf Estland, Litauen, Slowenien und Deutschland der Fall ist.

DIE LINKE setzt sich auch im nächsten Bundestag gegen die wachsende Altersarmut ein für:

- - sofortige Erhöhung des Rentenniveaus, um die coronabedingten Ausfälle zu beseitigen
- - 1.200 Euro solidarische Mindestrente und 13 Euro Mindestlohn
- - schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent zur Sicherung des Lebensstandards
- - Stärkung der umlagefinanzierten Rente durch Überführung der Beiträge aus der Riester-Rente
- - Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze
- - schrittweise Einführung einer Erwerbstätigenversicherung

(Anmerkung: Alle Zahlen beruhen auf dem spannenden Rentenvortrag von Matthias R. Birkwald auf der Veranstaltung der Linken im Bürgerheim Tübingen am 5. August 2021 und auf dem sehr lesenswerten Buch von Holger Balodis/Dagmar Hühne ‚Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist‘)



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Stuttgart 21

Das neue Alternativkonzept Umstieg 21 Plus

Das „bestgeplante“ Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21 läuft immer mehr aus dem Ruder, fast täglich gibt es neue Hiobsbotschaften. Sämtliche Unzulänglichkeiten aufzuführen würde ein Buch füllen. Die Fertigstellung rückt in immer weitere Ferne und die Kosten explodieren. Selbst der Bundesrechnungshof spricht mittlerweile von 10 Milliarden.

Bahn und Politik leugnen dies natürlich und wollen die Fakten einfach nicht wahrhaben. Sie halten an einem längst gescheiterten Projekt fest, in das ihrer Meinung nach schon zu viel investiert wurde, als dass ein Abbruch noch möglich wäre.

Nun haben sich in anerkennenswerter Weise Menschen des „Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21“ die Mühe gemacht, aus der gegenwärtigen Situation das Beste zu machen, und ein Alternativkonzept zu erarbeiten. Dieses ist aber keine Soll-Vorgabe, sondern lediglich ein Vorschlag, wie unter Einbeziehung der bisherigen Baumaßnahmen ein ertüchtigter und den modernen Gegebenheiten angepasster Kopfbahnhof entstehen kann, wobei darüber hinaus einige Milliarden an Kosten eingespart werden. Dieses Konzept mit dem Namen **Umstieg 21**, das relativ kurzfristig umgesetzt werden kann, entstand bereits im Jahr 2016 und soll nachfolgend in den wesentlichen Punkten kurz vorgestellt werden.

• **Erhalt und Ertüchtigung des Kopfbahnhofs:** Der Kopfbahnhof bleibt erhalten, die beiden abgerissenen Flügel werden großenteils wiederaufgebaut. In den Südflügel wird ein Parkhaus, eine Fahrradebene und ein Omnibusbahnhof integriert, der Nordflügel kann wie früher Hotels aufnehmen. Über den Bahnsteigen entsteht ein gläsernes Dach mit Solaranlage.

• **Städtebau:** Der Umstieg eröffnet auch städtebauliche Chancen, wie z. B. die Neugestaltung des Arnulf-Klett-Platzes vor dem Bahnhof. Auch der zerstörte Schlossgarten kann an alter Stelle wieder entstehen.

• **Neubaustrecke Wendlingen – Ulm:** Obwohl nach wie vor umstritten, bringt sie trotz ihrer extremen Steigung und einer miserablen Energiebilanz eine Fahrzeiterparnis von 25 Minuten im

Personenverkehr. Deshalb kann sie in ein Alternativprojekt mit einbezogen werden. Für den Güterverkehr ist sie allerdings nicht geeignet.

• **S-Bahn-Ringschluss von den Fildern ins Neckartal:** Mit wenig Aufwand könnte ein S-Bahn-Ringschluss entstehen, indem zwischen Flughafen und Wendlingen eine neue S-Bahn-Strecke gebaut wird, die dort mit dem bestehenden S-Bahn-Netz verbunden wird. Darüber hinaus könnte eine Express-S-Bahn in nur 20 Minuten vom Stuttgarter Hauptbahnhof zum Flughafen fahren. Die teure Flughafenanbin-



dung samt Fildertunnel würde entfallen.

• **Gäubahn:** Die Gäubahn bliebe erhalten und wird zur Stuttgarter Panorama-bahn. Darüber hinaus dient sie weiterhin als Ausweichstrecke, falls es auf der innerstädtischen S-Bahn-Stammstrecke zu Störungen kommt.

• **Optimierung der Zulaufstrecken:** Auf den Zulaufstrecken vom Hauptbahnhof nach Bad Cannstatt sowie vom Hauptbahnhof nach Zuffenhausen wird jeweils ein fünftes und sechstes Gleis gebaut.

• **Verträge stehen Ausstieg bzw. Umstieg nicht entgegen:** Sie können gekündigt werden, wenn Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden, denke man nur an Kosten, Zeitplan und Leistungsfähigkeit.

Inzwischen ist ein Großteil der Tunnel gebohrt, wobei sich automatisch die Frage stellt: Was kann oder soll aus den bereits gebauten Tunnels werden? Schnell kam die Idee ins Spiel, Baugrube und Tunnel für ein System unterirdischer Güterlogistik zu nutzen, und zwar mit Hilfe der neuen Möglichkeiten digitaler Steuerung, d. h. autonomes Fahren und neue emissionsfreie Antriebstechniken. Um es griffig zu sagen: es geht um eine High-Tech-Rohrpost.

Dieses erweiterte Konzept **Umstieg 21 Plus** wurde von Hans-Jörg Jäkel vorgestellt: Zu viele Autos, verstopfte Straßen und ungenügende Lebensqualität in der Stadt – darüber klagen viele Bürger, aber inzwischen auch die IHK. Warum dann nicht den innerstädtischen Güterverkehr dort, wo es geht, unter die Erde verlegen und oben Platz für klimaschonende Mobilität und Lebensqualität schaffen? Das Ergebnis einer Plausibilitätsstudie bestätigt: Eine Nutzung der S21-Tunnel für den unterirdischen Gütertransport auf der vorletzten Meile in die Innenstadt und auch aus ihr heraus an die Peripherie ist wirtschaftlich und sollte weiter untersucht werden.

Für Stuttgart könnte dieses Logistik-Konzept nun folgendermaßen aussehen: Für die Feinverteilung in die Innenstadt wird ein sogenannter City-Hub vorgesehen.

Dort können die durch das Tunnelsystem angelieferten Paletten kurz zwischengelagert und dann per Aufzug zum Transport über die letzte Meile in die Innenstadt auf Lastenrädern, E-Transportern u. a. bereitgestellt werden. Hier wären sehr einfach sogar zwei Verladeebenen am und unter dem Nordflügel möglich.

An der Peripherie der Stadt – dort wo die S21-Tunnel enden – können die für das Konzept notwendigen Güterverkehrszentren (GVZ) untergebracht werden. Als GVZ in Frage kämen sowohl der Abstellbahnhof in Untertürkheim mit sehr guter Anbindung an Straße und Schiene als auch das Ende des Fildertunnels an der A8/B27. Damit ist ausreichend Fläche für die Be- und Entladung der großen Lkw verfügbar. Die Güter für die Innenstadt sind dort bereits auf Europaletten konfektioniert und werden dann vollautomatisch über die Tunnelverbindungen zum City-Hub transportiert – in der Gegenrichtung natürlich auch.

Wir setzen uns ebenfalls für das Konzept Stuttgart 21 Plus ein und wollen deshalb auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Neues aus der Gartestroß 105

Der Holger Steinmetz, der wohnt bei mir in der Gartestroß 105, seit sechs Semäschterr. I hann für den Studiosus mei Garasch mit fließend Wasser reserviert, im Souterrai, aber wirklich nett schlecht und mit komfortabler Nasszelle, fascht koin Schimmel. Er studiert, des verzeelt der jedefall, obe im Schadeweiler bei de Förster und Jäger. Sei Fach, wo der studiert, nennt der Kerle Regionalmänätschment oder so. Koi Ahnung, was des isch.

Geschdern hann i en gfroggt, ob i amol den gälbe Ausweis sähe könnt, wäge Corona, ob er überhaupt g'impft isch. Sie, do isch der fei narret gwä, wieso, weshalb, warum, i sei doch ett der Spahn, die Federle, der Schuh oder Neher! Ja soweit isch's komme, wämm mer bloß froge will, wie's dem Herrn Garasche-Nachbor geht! Nix wie populistische Anfeindung und Verdächtigungen.

I hann mei Impfpass, wenn se'S wisset wellet, jetzt in einer komfortable Schutzhülle, waschmaschienefest, die die Grundschüler vom Kreuzerfeld gnäht hänn. Wunderbar in Filz ond Baumwoll! Do zeigsch den Ausweis nomal so gern, weil's halt schee isch. Grad schad, dass mer den nett scho viel früher kriegt hott. Der g'hört zu mir wie d'Kehrwoch zur Gartestroß, wie die 5 G-Regel: g'täschtet, g'impft, g'näse, g'schützt und g'storbe zur Bildung ganz allgemein. Aber des kriegsch in den einfach nett nei.

I hann sowieso der Verdacht, der Holger isch en fundamentalistischer Querdenker mit unheilbarem Hang zu Baerbock, Gysi, Tödenhöfer oder MLPD. Jo soweit isch's komme! No hann i dem Holger des schöne Faltblatt von onserm Schätzle, der Annette Widmann-Mauz hälenga uff sei Tischle in dr Garasch glegt, mit Oiladung zum Bier in d'*Bürgerwach* am Nekker. Ond was isch passiert? Die schöne Freikart für Zukunft, Miteinander, Fortschritt, Deutschland Nummer vorn, des supper Programm, des hott mei Holger – du sollsch's nett glaube – direkt in der Kutteroimer neigschmisse, i hann's kontrolliert! Des isch doch a Overschämtheit oder? Bei *Haus und Grund* in der Bahofstroß hann i nochgfroggt, ob i wenigstens a Kündigung durchkrieg, wenn i rauskrieg, dass der die Annalena mit ihre rote Pöpms gwählt hott. Die hänn gsagt, des wird nett leicht und ob i Rechtsschutz häb. Klar. Aber ob's langet?

Aber no ebbes. Do kommt en Gaschd in d'*Bronnestub* beim Dom und froggt: *Können Sie mir eine Radler-Halbe mache und a Schnitzel?* Am Tresa stoht der Chef und schafft: *Tut mir leid für heut. Die Henne wird grad' repariert, aber Schnitzel mit Sintisößle, des goht immer.*

Es grüßt alleweil verbunden Walter Schlotterbeck aus der Gartestroß, Raumschaft Raudeburg.

MfG Walter

Wohnen neu denken

Rathaus-Runde DIE LINKE

Mehrheitlich hat der Gemeinderat zwei Neubaugebiete im „beschleunigten Verfahren“ (§ 13 b BGB) auf 7,5 Hektar beschlossen. Sie vernichten dauerhaft mehrere landwirtschaftlich gute Böden. Grüne, **DIE LINKE** und Teile der FAIR stimmten deshalb dagegen.

Die Flutwelle im Ahrtal zeigt: Eine weitere Flächenversiegelung ist unverantwortlich. Einfamilienhäuser lösen keine Wohnungsnot und beseitigen nicht die schweren Fehler von CDU und FDP in der früheren Wohnbaupolitik: Jedes Jahr fallen mehr Mietwohnungen aus der Sozialbindung heraus, als neue gebaut werden.

Auch der Wohnungsverkauf (DHL-Gelände) von Instone Real Estate an Aberdeen Standard und andere Kapitalanleger beendet die Mietspekulation nicht, sondern zeigt deutlich: Wir brauchen neue Wege für preiswerte Mietwohnungen, altersgerecht und barrierefrei. Mehrstöckiger Mietwohnungsbau auf kommunalen Flächen sollte prinzipiell in Erbpacht stattfinden, da Flächen endlich sind. Die Bruttowohndichte von 80 Einwohnern/ha statt nur 62 (Oberndorf) und 53 (Schwalldorf) ist überall einzuhalten. Für den Wasser- und Flächenschutz gehört der Mogel-§ 13b abgeschafft.

Mietwohnungsbau gehört in kommunale oder genossenschaftliche Hände, um die Spekulation im Wohnbau zu beenden. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Für diese Ziele ist die kommunale Wohnbau Rottenburg personell und finanziell zu stärken. Eine kommunale Wohnbörse könnte Mehrgenerationenprojekte unterstützen. Viele Einfamilienhäuser werden oft nur von einer Person bewohnt: Die WBR könnte alle Leerstände erfassen. Durch gemeinsame Sanierung/Renovierung in Partnerschaften von Hausbesitzern und Wohnungssuchenden kann neuer Wohnraum entstehen und betagte Besitzer müssen nicht aus- bzw. umziehen. Ein Fonds nützt beim Umbau älterer Gebäude und Wohnungen, denn gerade Ältere schrecken vor den Antragsverfahren für Gelder usw. zurück. All das macht auch unsere Teilorte attraktiv und stärkt die Zusammengehörigkeit.

Es gibt viel zu tun, um die Wohnungsnot zu lindern – packen wir's gemeinsam an!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Heike Hänsel

geboren 1966, ist Ernährungswissenschaftlerin und Bundestagsabgeordnete. Sie kandidiert für DIE LINKE im Wahlkreis 290 Tübingen und auf Platz 5 der Landesliste.



„Seit langem bin ich in der Friedensbewegung aktiv und arbeite nun im Parlament für eine aktive Friedenspolitik. Ich engagiere mich für eine Politik der Entspannung gegen die Gefahr eines Kalten Krieges 2.0.“

Für eine Abkehr von der neoliberalen Globalisierung hin zu gerechtem Handel, globaler Gesundheitspolitik und Klimagerechtigkeit. In Baden-Württemberg liegen mir bezahlbare Mieten und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege am Herzen. Rüstungsschmieden wie Heckler & Koch müssen auf zivile Produktion umstellen, US-AFRICOM und US-EUCOM in Stuttgart schliessen.

Mit Ihrer Stimme möchte ich mich weiterhin einsetzen für eine solidarische und soziale Politik, für Abrüstung, Frieden und Klimaschutz, für Demokratisierung und Mitbestimmung statt Politik von oben!“

Engagement & Mitgliedschaften:

Mitglied bin ich bei attac, DFG-VK, Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, Friedensnetz Ba-Wü, Gesellschaft Kultur des Friedens, pax christi, VVN-BdA, ver.di, Beirat der DGVN



Die Zweitstimme entscheidet!



Heike Hänsel

**Friedlich. Sozial.
Ökologisch.
Für alle.**

DIE LINKE.

 www.die-linke-bw.de

Mit der **Erststimme** wählen Sie die **Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten des Wahlkreises**, mit der **Zweitstimme** entscheiden Sie über die **Zusammensetzung des Bundestages nach den jeweils erreichten Prozenten**.

Der Treppenwitz der Geschichte von Olaf Scholz

„NATO-Bekenntnis“ der LINKEN gefordert

Nach zwanzig Jahren Krieg haben NATO-Truppen Afghanistan fluchtartig und unkoordiniert verlassen. Es war die größte militärische und politische Niederlage des Militärbündnisses. Für diesen Krieg gab es keinerlei UN-Mandat. Das Bundeswehr-Mandat wurde bis Ende September verlängert, angeblich um Ortskräfte zu schützen – die mit ihren Familien im Stich gelassen wurden!

US-Präsident Biden hat die NATO-Strategie der Nation-Building, anderen Ländern durch Krieg eine Gesellschaft nach westlichem Vorbild aufzuzwingen, für gescheitert und beendet erklärt. Einige CDU-Mitglieder und der Bundeswehrverband stellen jetzt den Einsatz deutscher Soldaten in Mali in

Frage. Er ist größer und gefährlicher als der in Afghanistan.

Statt jetzt die Fehler des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan und der NATO-Strategie zu untersuchen, fordert Olaf Scholz ein „Bekenntnis“ der **LINKE** zur NATO. Ist das ein Treppenwitz der Geschichte?

Längst gibt es Forderungen, das veraltete Militärbündnis der Nachkriegszeit in ein europäisches Sicherheitsbündnis unter Einbeziehung Russlands nach dem Vorbild der OSZE („Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ mit 57 Mitgliedsstaaten) umzuwandeln.



Mit seiner Zweiprozent-Verpflichtung (zwei Prozent des Bruttonationalprodukts sollen für die Verteidigung ausgegeben werden) zwingt die NATO alle Mitglieder zu einer enormen Aufrüstung, Deutschland würde dann mehr dafür als Russland für seine Rüstung ausgeben und mit Milliarden Euro bewaffnete Kampf-drohnen produzieren.

Statt irrwitzige Bedingungen für eine Rot-Grün-Rote Regierung zu stellen, sollte die SPD endlich im 21. Jahrhundert ankommen!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Afghanische Flüchtlinge aufnehmen!

Wo bleibt OB Nehers Initiative für Rottenburg?

Innerhalb kürzester Zeit hat Reutlingens OB Keck zusammen mit Landrat Dr. Ulrich Fiedler die Aufnahme von 25 Menschen aus Afghanistan, die meisten davon kleinere Kinder, in Reutlingen initiiert. Das Auswärtige Amt erlaubte dies, weil

Paragraph 22, Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen zulässt. Da fragt man sich doch, wo eine entsprechende Initiative aus Rottenburg bleibt. Dass es sich bei

den Ortskräften aus Afghanistan um weitaus mehr Personen handelt, als offiziell angegeben wird, zeigt das *Presse-Info vom Bündnis Bleiberecht Tübingen vom Ende August, aus dem wir Auszüge veröffentlichen.*

Bündnis Bleiberecht Tübingen,

Presseinfo 24.8.2021

Tübingen: Die Beratungsstelle Plan.B und das Asylzentrum unterstützen in der Region lebende afghanische Staatsbürger*innen bei der Stellung von Anträgen für die Aufnahme von gefährdeten und schutzbedürftigen Angehörigen.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland evakuiert nach der Machtübernahme durch die Taleban in Afghanistan deutsche Staatsbürger*innen und insbesondere so genannte Ortskräfte (Personen, die für das deutsche Militär oder deutsche Organisationen gearbeitet haben). Tatsächlich sind aber sehr viel mehr Menschen einer akuten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt. Hierzu gehören auch Familienangehörige und Verwandte von in Deutschland lebenden afghanischen Geflüchteten.

"Wir begrüßen, dass sich die Bundesregierung jetzt endlich und leider viel zu spät dazu bekennt, die Aufnahme der sogenannten Ortskräfte zu betreiben. Wir sprechen uns aber dagegen aus, dass jetzt bereits wieder zwei Klassen von Schutzbedürftigen konstruiert werden. Wir sind dafür, dass die Evakuierungsflüge so lange wie möglich fortgesetzt werden und dass auch andere Schutzbedürftige mitgenommen werden" sagt Andreas Linder, Vorsitzender des Vereins move on. "Täglich wenden sich aktuell afghanische Geflüchtete hilfeschend an uns. Sie sind krank vor Sorge um ihre Eltern, Geschwister und anderen Verwandten" führt Linder weiter aus.

Die in Afghanistan lebenden Angehörigen seien zum Teil allein deswegen besonders gefährdet, weil ihre Verwandten als Flüchtlinge in Deutschland leben und dies den Taleban

bekannt sei.

So erhielt eine in Kabul lebende Familie seit letzter Woche schon zwei

mal nächtlichen "Besuch" von Taleban mit Kalaschnikows. Einige im Kreis lebende Geflüchtete hätten den rechtlichen Anspruch auf einen Familiennachzug, aber durch das jetzt entstandene Chaos und den Abzug etwa der deutschen Botschaft bestehe dieser Anspruch nur noch auf dem Papier. So hat ein afghanischer Geflüchteter vor Kurzem vom Verwaltungsgericht die Flüchtlingseigenschaft zugesprochen bekommen. Seine fünf Kinder, darunter heranwachsende Mädchen, sind jetzt trotz Anspruch auf Familiennachzug schutzlos mitten in der Großstadt Kabul und ohne die kürzlich an Covid verstorbene Mutter.

Deswegen hat sich der Verein an die örtlichen Bundestagsabgeordneten gewandt. Diese haben sich bereit erklärt, eingebrachte Anträge an das Auswärtige Amt weiterzuleiten. Die Chancen bei einem der Evakuierungsflüge mitgenommen zu werden, werden als gering eingeschätzt. Das Vorbringen der Anträge soll aber auch signalisieren, dass es über die Evakuierungsaktion hinaus ein längerfristiges internationales Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Afghanistan braucht. Aus "2015" könne man lernen, dass es wichtiger sei, Leben zu retten und Menschenrechte zu schützen anstatt Grenzen abzuschotten und die Menschen ihrem Schicksal zu überlassen. Hierfür sei auch ein eigenes Aufnahmeprogramm des Landes Baden-Württemberg ein Gebot der Stunde.



Kurz und bündig

Peinlich: Deutschland hortet Corona-Gelder

Der Internationale Währungsfond mit seinen 189 Mitgliedsstaaten schüttet 650 Milliarden Dollar zur Bekämpfung der Corona-Pandemie aus, nicht an die ärmsten Länder der Welt, sondern an die reichsten! Sie profitieren davon entsprechend ihrem Kapitalanteil am IWF. Deutschland erhält deshalb gut 36 Mrd. Dollar, d.h. gut 30 Mrd. Euro und damit mehr als der gesamte afrikanische Kontinent zusammen. Dort sind erst drei Prozent der Bevölkerung gegen Corona geimpft. Deshalb hat der Virus beste Bedingungen, sich erneut zu verändern und dann wieder neue Infektionswellen in den Industrieländern auszulösen. Die Bundesbank erhöht lieber ihre großen Währungsreserven von 220 Mrd. Euro und wehrt sich vehement gegen die Forderung von Nichtregierungsorganisationen, das Geld den armen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Kommunalpolitische Brunnenvergifter



Sehr geehrter Herr Neher,

bevor die ersten Sauen in unserem eventuellen künftigen Schlachthof geschlachtet werden, wird uns aus dem Kreis der möglichen künftigen Betreiber bei der morgendlichen Zeitungsektüre eine Riesensauerei serviert. Bisher haben sich die Mitglieder des Gemeinderats, des Ortschaftsrats Dettingen und auch der AG Schlachthof an die Regularien der nichtöffentlichen Sitzungen gehalten. Nach einer solchen Indiskretion sehen wir uns von der CDU-Fraktion fast schon genötigt, die Kampagne "Raudeburg macht sauber!" auch auf diesen Personenkreis auszudehnen. So stellen wir uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht vor! Die CDU-Fraktion überlegt sich daher sehr ernsthaft, ob es überhaupt noch Sinn macht, mit solchen Personen an dem Konzept "Neubau Schlachthof Rottenburg" weiter mitzuarbeiten.

Wir bitten Sie daher, mit allem Nachdruck diesen Herrschaften klarzumachen, dass sie mit solchen Machenschaften dieses Projekt zum Scheitern bringen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Schuh

über Volkshochschule und Jugendbünde bis zur gehobenen Redeweise von Deputierten aus Wirtschaft und Verwaltung.“

Aber nicht nur das: Denk- und Sprachbilder, in denen Kollegen des Gemeinderats in übelster Weise animalisiert und durch den Fäkalkot von Schweinen gezogen werden sollen, zeigen die schlimme Verwandtschaft, ja latente Identität zum Sprechschatz der Schlächter nach 1933. Der ehemalige CDU-Kultusminister von Baden-Württemberg, Gerhard Storz, hat solche sprachlichen Verirrungen in seiner denkwürdigen Untersuchung „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ zu Papier gebracht, Joseph Wulf (1912 – 1974) untersuchte vergleichbare Sprachideologien in seiner Dokumentation „Aus dem Lexikon der Mörder“, wobei ein weiterer Blick ins „Lexikon der Unwörter“ (2000) von Horst Dieter Schlosser ebenfalls hilfreich ist. Wörter und Worte wie „Sauen“, „Raudeburg macht sauber“, „Machenschaften“, „diese Herrschaften“, „Riesensauerei“, „mit solchen Personen“ sollen vernichten und verstören. Alles ist auf Denunziation, Verunglimpfung und Beschädigung des Gegenübers angelegt, ein Diskurs im Kontext einer solchen kommunalpolitischen Jauche, eine Heilung des geschriebenen Worts, ist schwer denkbar, auch wenn eine halbherzige „Entschuldigung“ nachgereicht wurde. Die Scham über die Brunnenvergifter bleibt.

Christian Hörburger, Obernau

Natürlich ist das Schuh-Schreiben an seinen Duz-Freund OB Neher schon wieder eine halbe Ewigkeit her und man könnte zur Tagesordnung übergehen nach dem Motto: *Schwamm drüber!*

Dafür ist allerdings der zunächst unausgesprochene Tauchgang im kommunalen Schlamm mit dem Ziel der „Säuberung“ vom Fraktionsvorsitzenden der FAIR, Volkmar Raidt, immer noch viel zu Ekel erregend und klebrig als dass man einfach vergessen könnte. Horst Schuh tut dank seiner Unterschrift zunächst so, als habe er das Schlammschreiben selber geschrieben. Als es dann in der Öffentlichkeit doch brenzlich wird, und die *Rottenburger Post* die perfide Entgleisung aufgreift, da schiebt Horst Schuh die Urheberschaft dem Fraktionskollegen und Polizeiwachtmeister Hermann Sambeth in die Schuh' – nicht unbedingt die feine Art, sich von seinem Parteikumpel aus dem Staub zu machen.

Bei genauerer sprachlicher Analyse erinnert das unverhohlene Schmähschreiben ganz fatal an den „Jargon der Eigentlichkeit“, wie ihn Theodor W. Adorno nachdrücklich (1964) beschrieben hat: „In Deutschland wird ein Jargon der Eigentlichkeit gesprochen, mehr noch geschrieben, Kennmarke vergesellschafteten Erwähltheits, edel und anheimelnd in eins; Untersprache als Obersprache. Er erstreckt sich von der Philosophie und Theologie (...) über Pädagogik,

Kurz und bündig

Verkehrspolitik von Andreas Scheuer

Auf unseren Autobahnen ist eine Spur mit kilometerlangen LKW-Kolonnen gefüllt. Wehe sie überholen einander, dann wird es für alle eng. Das ist das Ergebnis des größten Versagers der aktuellen Bundesregierung, des Bundesverkehrsministers und Autolobbyisten Andreas Scheuer. Versprochen die Koalitionäre CDU/CSU und SPD 2013 in ihren Koalitionsvertrag noch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur als „Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft“, so ist 2020 Tatsache, dass das Lkw-Ladevolumen von 3,77 Milliarden Tonnen mehr als 85 Prozent des gesamten Transportaufkommens in Deutschland betrug und damit nicht nur Autobahnen verstopfte, sondern auch den CO₂-Ausstoß im Verkehr stark erhöhte. (EP)

Das Afghanistan-Debakel – eine Katastrophe mit Ansage

Trotz eines herrlichen Spätsommerabends kamen knapp 20 Interessierte zur Veranstaltung über die Konsequenzen des Afghanistan-Debakels in das Rottenburger AWO-Heim. Linken-Stadtrat Emanuel Peter hatte die stellvertretende Fraktionsvize der Linken im Bundestag Heike Hänsel dazu eingeladen.

Einleitend kritisierte er scharf Stephan Neher, der im Interview bedauerte, dass der NATO-Einsatz nicht fortgesetzt wurde. Peter Strucks Rechtfertigung für den Bundeswehr-Einsatz, „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukush verteidigt“, gilt für Neher auch heute noch. Dies trete den Friedensauftrag im Grundgesetz mit den Füßen und beschönige den gefährlichen und größten Bundeswehr-Einsatz in Mali, so Peter. Dabei sei es in Afghanistan um die Vorkommen für Lithium für die Internetkonzerne gegangen, größer als die in Bolivien. In Mali gehe es um die Uranvorkommen, die der französische Staatskonzern Areva für seine Atomkraftwerke nutzen will.

Für solche Bodenschätze wurden in den 90er Jahren die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“ auf die gesamte Welt und auf große Bereiche (Wasser, Energie, Exporte) ausgeweitet. Sie erklären „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen“ als Kriegsgrund im Sinne von „deutschen Sicherheitsinteressen“ und sind die Grundlage für über 15 Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Hänsel: „Der Krieg selbst war der Fehler“

Als einzige Partei im Bundestag hat **DIE LINKE** den Bundeswehr-Einsatz von Anfang an mit zahlreichen Veranstaltungen und Broschüren kritisiert

und seit langem auf das Scheitern der NATO-Truppen hingewiesen, so Hänsel. Von Überraschung könne keine Rede sein, die Bundesregierung habe die Lage beschönigt und tue dies im-



mer noch: Es wurden nicht Fehler gemacht, sondern der Krieg selbst war der Fehler.

Die/das angebliche „Nation Building“, ein Staat nach westlichem Vorbild, hat die Korruption der afghanischen Regierungen verschleiert. Während die Bundeswehr in Afghanistan die Taliban bekämpfte, wurden deutsche Rüstungsexporte an Pakistan geliefert, den größten Taliban-Unterstützer in der Region.

Die Beseitigung des sozialen Elends der Bevölkerung als Nährboden für Terrorismus geriet völlig ins Hintertreffen, die Ortskräfte werden jetzt völlig im Stich gelassen. Deshalb hat Heike Hänsel mit sechs weiteren Abgeordneten der **LINKE** gegen die Fortsetzung des militärischen Mandats bei der Evakuierung und für ein ziviles Mandat unter UNO-Aufsicht gestimmt. (Siehe Auszüge rechts oben.)

Der Regierung in Berlin gehe es jetzt um die Frage, wie man weitere Aufrüstung kommende Niederlagen vermei-

den kann, statt die Ursachen für den verfehlten Kriegseinsatz zu untersuchen. Ihr Ziel, zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts für Waffen (u.a. Kampfdrohnen) auszugeben, bedeute einen Rüstungsetat, der den von Russland übertrifft!

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde immer wieder über das Abflauen der Friedensbewegung nachgedacht, obwohl sämtliche Meinungsumfragen mehrheitlich gegen den Afghanistan-Einsatz waren: Warum gelingt es nicht, fraktionsübergreifend wie bei anderen Themen Mehr-

heiten zu bilden? Viel Zustimmung fand ein Beitrag, der sich deutlich dagegen aussprach, einem anderen Land westliche Wertvorstellungen (militärisch) aufzuzwingen, die Befreiung müsse die Bevölkerung selbst organisieren, sonst ist sie nicht dauerhaft.

Damit der Protest gegen den Export von Kriegswaffen, gegen das Zwei-Prozent-Ziel der Aufrüstung, gegen bewaffnete Drohnen und gegen die zahlreichen Bundeswehr-Einsätze im Ausland weitergehen, muss **DIE LINKE** im Bundestag gestärkt werden und braucht so engagierte Abgeordnete wie **Heike Hänsel**.

DESHALB AM 26.SEPTEMBER

BEIDE STIMMEN FÜR

DIE LINKE UND HEIKE HÄNSEL!

Kurz und bündig

Dubai-Pavillon noch teurer

Am 3.Oktober wird Baden-Württemberg als einzige Region der Welt neben 192 Nationen einen Pavillon auf der Expo in Dubai eröffnen. Diese Irrsinn der Pech-Pleiten-und-Pannen-Ministerin Hoffmeister-Kraut kostet den Steuerzahler mindestens 15 Millionen Euro, während alle anderen Landesprojekte unter einen „Finanzierungsvorbehalt“ gestellt werden. Ursprünglich sollte nicht die Landesregierung, sondern die Unternehmen durch Sponsoring diese Kosten tragen. Aber die spendable Stuttgarter Wirtschaftsministerin ist großzügig und hat wohl mit so geringer Unterstützung aus der Wirtschaft nicht gerechnet. Denn seit Monaten kommt von dort kein Geld mehr!

Evakuierung zivil organisieren und ausbauen 25. August 2021

Zur Abstimmung über das neue Bundeswehrmandat heute im Bundestag erklärt Heike Hünsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

„Ich habe heute nach reiflicher Überlegung gegen das neue Bundeswehrmandat gestimmt, das in Kürze durch das Einstellen der Evakuierungsflüge obsolet sein wird. Ich unterstütze die Forderung nach Evakuierung von afghanischen Ortskräften und gefährdeten Afghaninnen und Afghanen, dafür bedarf es aber keines neuen Kampfmandates der Bundeswehr für ganz Afghanistan einschließlich der in Verruf geratenen Kommando Spezialkräfte (KSK). Mit dem völkerrechtswidrigen Mandat für einen Einsatz deutscher Soldaten zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan, versucht die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag für ihre gesamte verfehlte Afghanistan-Politik in Mithaftung zu nehmen.“

Nach der militärischen Besetzung des Flughafens in Kabul durch die USA und danach der Bundeswehr, wurde der reguläre Flugbetrieb eingestellt. Damit wurde vorschnell eine effektive zivile Evakuierung verunmöglicht und einseitig auf einen Kampfeinsatz der Bundeswehr gesetzt. Durch die ausschließlich militärische Evakuierung unter dem Dach der US-Streitkräfte ist die Evakuierung zeitlich zudem massiv begrenzt worden. Das Gros der Ortskräfte und ihre Familien wurden von der Bundesregierung im Stich gelassen. Gegenüber dem vorherigen Afghanistan-Mandat wird im vorliegenden die Gruppe der zu Evakuierenden sehr eingeschränkt. Ortskräfte und besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen sollen demnach nur noch „im Rahmen verfügbarer Kapazitäten“ in Sicherheit gebracht werden. Ich setze mich dafür ein, dass es eine deutlich umfassendere Evakuierung von Menschen gibt, auch von Familien in Deutschland lebender Afghanen, unter dem Dach der Vereinten Nationen, und fordere eine politisch-diplomatische Offensive für eine zivile Evakuierung aus ganz Afghanistan in Verhandlungen mit den Taliban und eine konsequente Beendigung der NATO-Interventionspolitik.“

Dotternhausen: Neue Entwicklung im Zement-Skandal von Holcim **Wen schützt eigentlich das Regierungspräsidium Tübingen?**

Mitten in der Sommerpause landete das Regierungspräsidium Tübingen (RP) einen Überraschungs-Coup: Es hob die Entscheidung des Landratsamtes in Balingen auf, Holcim die Süd-Erweiterung des Steinbruchs auf dem Plettenberg zu untersagen.

Nach zweieinhalb Jahre hatte der Schweizer Holcim-Konzern die notwendigen Unterlagen immer noch nicht vollständig eingereicht, um den Abbau des Kalksteins auf dem Plettenberg zu erreichen. Und das trotz zahlreicher Fristverlängerungen durch die Immissionsschutzbehörde des Landkreises. Da Holcim auch die letzte Frist bis zum Dezember 2020 verstreichen ließ, lehnte der Landkreis den Antrag endgültig ab.

Jetzt entschied das RP in Tübingen, eine ausführende Behörde der grün-schwarzen Landesregierung, dass die Entscheidung des Landratsamtes „rechts-widrig“ gewesen sei. Holcim hätte noch mehr Zeit gegeben werden müssen. Deshalb wies das RP das Landratsamt an, das Genehmigungsverfahren wieder aufzunehmen und von Holcim die fehlenden Unterlagen einzuholen.

Landrat Günther-Marin Pauli (CDU) empörte sich, dass diese Entscheidung

aus seiner Sicht „kaum nachvollziehbar“ ist. Das Landratsamt Balingen schrieb: „Diese Begründung (des RP) widerspricht deutlich der Rechtsauffassung des Landratsamtes, welches darauf hinweist, dass es klare Regelungen im Immissionsschutzrecht gibt, wonach eine Ablehnung des Antrags erfolgen soll, sofern ergänzende Unterlagen nach Ablauf einer durch die Behörde gesetzten Frist nicht rechtzeitig vorgelegt werden.“

Wen schützt das Regierungspräsidium?

Inzwischen fragen sich immer mehr Bewohner der Region, welche Rolle das Regierungspräsidium in diesem Umwelt- und Gesundheitsskandal spielt und welche Interessen es schützt. Denn bisher hat es Holcim für die Verbrennung von gefährlichen Umweltmüll mit seinen Giften, die sich im Boden ablagern und unsere Luft verpesten, unzählige Ausnahmegenehmigungen gegeben. Selbst für die Steigerung des beschönigend als „Ersatzbrennstoffe“ bezeichneten Mülls von 60 auf künftig 100 Prozent wurde keine Umweltverträglichkeitsprüfung bezüg-

lich der Abgase aus den 40 Jahre alten Filtern angeordnet.

Inzwischen hat die Flutkatastrophe im Ahrtal viele Bewohner in Hausen und Ratshausen für ein mögliches Hochwasser im Oberen Schlichemtal durch Starkregen und Unwetter aufgeschreckt. So soll das Auffangbecken auf dem Plettenberg nach Berechnungen des Grünen-Kreistagsmitglieds Hans Edelmann nicht ausreichend für

erwartbare Wassermassen sein.

Das kürzlich gegründete Aktionsbündnis zu Holcim-Dotternhausen plant für den Herbst Aktionen vor dem Regierungspräsidium

Tübingen, um den

notwendigen Schutz von Mensch und Natur vor der Gewinn gier eines Konzerns einzufordern.



Tagebau am Plettenberg



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

"Was geht Rottenburg das Holcim-Zementwerk in Dotternhausen an?"

Donnerstag, den 7. Oktober 2021 ab 18.30 im Rottenburger AWO-Heim, St.-Moriz-Platz 7

Flugfeld Baisingen – Einspruch von Ortschaftsrätin Brambilla abgelehnt

Abenteuerliche Stellungnahmen von Stadt und Regierungspräsidium

In der Sommerpause hat das Regierungspräsidium den ausführlichen Einspruch von Dr. Sophia Brambilla, Ortschaftsrätin in Baisingen, abgelehnt. Sie hatte bemängelt, dass der Ortschaftsrat in dieser wichtigen Angelegenheit gemäß § 13 der Hauptsatzung der Stadt Rottenburg weder ordnungsgemäß informiert noch angehört wurde. Schließlich ist Baisingen bei der Umwandlung des Flugfelds von einem Vorrang- in ein Vorbehaltsgebiet der Hauptbetroffene.

Dies beschloss der Regionalverband Neckar-Alb 2020 und machte die Bebauung von 70 Hektar Fläche mit Gewerbe (Gemarkung Rottenburg und Eutingen) erst möglich, indem sämtlicher Schutz von Natur und Landwirtschaft beseitigt wird. 2.000 Einwände von Bewohnern aus Ergenzingen, Baisingen, Naturschutz- und Bauernverbänden wurden mit „Wisch und weg“ aus dem Weg geräumt.

Selbst das Landratsamt Tübingen kritisierte diese Umwandlung scharf: „Die Planungen umfassen die Rücknahme von 40,7 ha Vorrangfläche für die Landwirtschaft. Es handelt sich dabei um Vorrangflur I, gute bis sehr gute Böden. Flächen der Vorrangflur I sind der landwirtschaftlichen Nutzung unbedingt vorzuzulassen, Umwidmungen z.B. als Bauland, Verkehrsfläche, naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen u.a.m. müssen ausgeschlossen bleiben.“

„Keine wichtige Angelegenheit“

Für seine Bewertung stützt sich das Regierungspräsidium Tübingen (RP) auf die eingeholte Stellungnahme der Stadt Rottenburg, dass der Abschluss eines raumordnerischen Vertrags zwischen dem Regionalverband und der Stadt keine ‚wichtige Angelegenheit‘

wäre. Außerdem habe der Gemeinderat am 20.3.2018 bereits beschlossen, sich mit dem Regionalverband Nord-schwarzwald und der Gemeinde Eutingen über das Gewerbegebiet „abzustimmen“. Das ist falsch!



Es gab im März 2018 keinen Beschluss des Gemeinderats Rottenburg, der ein Gewerbegebiet auf dem Flugfeld beschloss. Dies wurde erst durch die Umwandlung in ein Vorbehaltsgebiet 2020 durch den Regionalverband möglich.

Rottenburgs Bürgermeistertrio hat den Gemeinderat und die Bürgerschaft bewusst hintergangen. Erstens hatte es lange Zeit behauptet, der Regionalverband fordere dies von der Stadt. Später musste OB Neher zugeben, dass die Stadt die Änderung beim Regionalverband durchgesetzt hat. Zweitens haben die Bürgermeister diese Änderung im Regionalplan geheim gehalten – erst das Aktionsbündnis hat die Bürgerschaft darüber informiert und dann den Widerstand mit Veranstaltungen und der gelungenen Postkartenaktion organisiert.

Rolle des Regierungspräsidiums

Das CDU-geführte Regierungspräsidium unter Klaus Tappeser stützt sich also auf falsche Behauptungen der Stadt und auf den raumordnerischen Vertrag: „Dieser dient somit der Umsetzung der in Rottenburg bestehenden

und durch die Stadtverwaltung umzusetzenden Beschlusslage (!), nämlich, dass an dem betreffenden Standort langfristig ein ‚Gewerbegebiet‘ entwickelt werden soll (!).“ Bloß: Das steht gar nicht im Raumordnerischen Vertrag. Sondern dieser ermöglicht nur „andere Nutzungen im Gebiet“ als vorher. Wie viel Ahnung das RP von diesem Gebiet hat, zeigt sich auch darin, dass es von „Flughafen Baisingen“ spricht, der Segelflughafen am Rande ist aber nur der kleinere Teil der Gesamtfläche, die insgesamt als Flugfeld bezeichnet wird.

Man muss wissen: Die im Ländle erst 2005 eingeführten Regierungspräsidien sind keine neutrale Instanz, sondern Ausführungsorgan der (grün-schwarzen) Landesregierung in Stuttgart. Treffend beschreibt Wikipedia ihre Rolle für Baden-Württemberg: „Durch ihre Unabhängigkeit von kommunalen Gebietskörperschaften und kommunalen Parlamenten können Regierungspräsidien den parlamentarischen Willen und den Willen der Regierung in der Fläche durchsetzen. Damit stellen sie faktisch den verlängerten Arm des Landesparlaments und der Landesregierung in einem Bundesland dar.“

Jetzt wird diskutiert, ob man die Stellungnahme des „verlängerten Arms“ der Landesregierung auf dem Klageweg infrage stellt. DIE LINKE würde das unterstützen: Vorrang für Mensch und Natur statt Gewinnstreben auf Kosten unserer Gesundheit!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Verbraucherschutz à la CDU

Die CDU hat nicht nur umfangreiche Ausnahmen für den Einsatz von Leiharbeitern während der „Grillsaison“ bei Tönnies durchgesetzt. Auch in Baden-Württemberg kontrolliert ihr Agrarministerium die Schweinemastbetriebe nur alle 11,5 Jahre, so ihre Antwort auf eine SPD-Anfrage im Landtag. Bei Puten sind es 13,7 Jahre und bei Masthühnern ganze 29,4 Jahre. Agrarminister Peter Hauk hält diese Kontrollen „grundsätzlich für ausreichend“, da eine lückenlose amtliche Überwachung auch nicht zu leisten sei. Wundert sich noch jemand über den steigenden Einsatz von Antibiotika in den industriellen Geflügelfarmen?

Kindergrundsicherung: Angriff auf Kinderarmut

Wann wachen CDU, SPD und Grüne auf?

Erschreckend, aber nicht neu: In Deutschland, dem fünftreichsten Land der Welt, wachsen 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut heran, 1,6 Mio. davon haben Eltern, die vom mickrigen Lohn nicht leben können. Das ist das Armutszeugnis der letzten Regierungen, die nichts gegen die wachsende Kinderarmut unternommen haben, ja sie sogar beschönigt und versteckt haben.

Jetzt hat ein breites Bündnis aus 22 Sozialverbänden, Gewerkschaften und dem Deutschen Städtetag, unterstützt von **DIE LINKE**, SPD und Grünen, eine Kindergrundsicherung gefordert, um allen Kindern eine eigenständige Existenz zu sichern.

Anstelle vieler Einzelleistungen mit großem bürokratischen Aufwand für Eltern und Behörden sollen bisherige Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag Hartz IV für Kinder zu einer Leistung zusammengefasst werden. Zugleich soll das auch für Kinder geltende Existenzminimum neu berechnet werden und deutlich höher als Hartz IV ausfallen. Bisher hängen die Kinderzuschüsse stark von der finanziellen Situation der Eltern ab, so dass gerade Spitzenverdiener durch die steuerlichen Kinderfreibeträge am meisten davon profitieren. Das Bündnis fordert zudem, diese Kindergrundsicherung zur Priorität der nächsten Bundesregierung zu machen und in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

Existenzminimum für Kinder

Für das Existenzminimum stützt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband auf das Bundesverfassungsgericht: „Aktuell beträgt die Höhe des verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimums 573 Euro monatlich. Es setzt sich aus der Höhe des sächlichen Existenzminimums (393 Euro) und dem Freibetrag für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung (BEA) (180 Euro, vor der Anhebung durch das

Konjunkturpaket 2012) zusammen. Dieses Existenzminimum muss für alle Kinder als garantiertes Kinderrecht gelten, nicht nur für diejenigen Kinder, deren Eltern Steuern zahlen können. Unser Vorschlag lautet, künftig alle Kinder mit einer Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro monatlich abzusichern. Damit wird der grundlegende Bedarf, den Kinder für ihre Entwicklung benötigen und den das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, aus öffentlichen Mitteln gedeckt.“

Jedes Kind soll bis zum 18. Lebensjahr eine garantierte Leistung von 393 Euro erhalten, die das sächliche Existenzminimum abdeckt und Kindern nicht nur eine gesunde Ernährung und gute Bildung ermöglicht, sondern auch Sport, Spiel und Spaß in der Freizeit. Dafür braucht es staatliche Infrastrukturleistungen, heißt es in der Erklärung des Paritätischen: „Bund, Länder und Kommunen müssen endlich ein gebührenfreies und qualitativ gutes Bildungswesen schaffen. Dies ist nicht über die Gewährung eines Bildungs- und Teilhabepakets zu erreichen, sondern drückt sich neben der Abschaffung der Kita-Gebühren auch im qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung und der flächendeckenden Präsenz von Ganztageschulen aus.“ Das Existenzminimum soll völlig neu berechnet und jährlich an die Inflation angepasst werden.

Hartz IV und BuT gescheitert

Der mutige Schritt des Bündnisses macht deutlich, dass die wachsende soziale Spaltung unserer Gesellschaft mit dem größten Niedriglohnsektor Europas längst auch die Kinder untereinander spaltet, sozial ausgrenzt und unsere gesellschaftliche Entwicklung

durch große Bildungsdefizite von vielen Kindern bedroht. Die Agenda-Politik von Schröder (SPD) und Joscha Fischer (Grüne) berechnete den Hartz-IV-Satz für Kinder nach der Lebenssituation von Rentnern: Weil diese angeblich Bildung nicht mehr benötigen, bekamen auch Kinder keinen Cent für Bildung.

Das Bundesverfassungsgericht sah das als verfassungswidrig an und die Regierung beschloss ein Gesetz für Bildung und Teilhabe (BuT). Es beschönigte die Kinder-

armut, die in den letzten Jahren drastisch stieg, so dass heute jedes fünfte Kind in Armut aufwächst. Im Landkreis Tübingen erhalten 3.275 Personen Leistungen aus dem BuT, hauptsächlich für Schulbedarf und Mittagsverpflegung.

Gespannt darf man jetzt verfolgen, was Rottenburgs Stadtverwaltung mit ihrem Antrag an das Sozialministerium erreicht, Fördergelder zu erhalten, um Kinderarmut „vorzubeugen“.

Bisher hat **DIE LINKE**, die die Verwaltung erst auf diese Fördermöglichkeit aufmerksam machte, keine genauen Informationen erhalten. Keinesfalls wird dies die geforderte Kindergrundsicherung ersetzen, für die **DIE LINKE** auch in Rottenburg fleißig Werbung machen wird, damit CDU, SPD und Grüne aus ihrem Dauerschlaf bei diesem Thema aufwachen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Bund verdoppelt Subventionen und Steuergeschenke

Zwar gibt es nicht genug Geld für Pflegekräfte und Krankenschwestern und immer mehr Krankenhäuser werden privatisiert, aber für die Unternehmen plant der Bund, seine Subventionen 2022 auf über 47 Milliarden Euro zu verdoppeln. Darin enthalten sind eine dreifach höhere Subventionierung für die Digitalisierung und weitere Steuervergünstigungen von 16,3 auf 19,6 Milliarden Euro. Für wen wohl? Sie sind sechsmal so hoch wie die Förderung energieeffizienten Wohnungsbaus.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

„Ich kann Virus“ Oder besser: „Ich kann Kanzler“

Habe ich einen Fehler gemacht? Bin ich ein Versager?

Bei der Durchsicht der Briefwahlunterlagen einer meiner Menschenfreunde fragte ich mich: Warum hast Du Dich nicht zur Wahl zum Bundestag gestellt? Bin ich ein Feigling, habe ich Angst Verantwortung zu übernehmen, bin ich zu schüchtern, nicht großmütig genug? - Es tut nicht gut, negativen Gedanken nachzuhängen. Also: Think positiv!!!

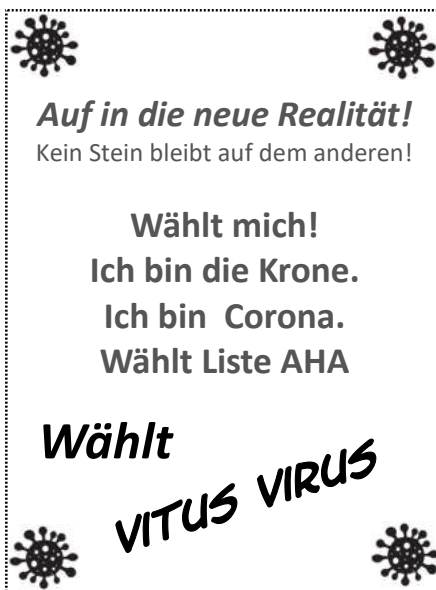
Mit meiner Popularität hätte sich jede Partei um mich gerissen. Ich hätte das locker nützen können. Mein Selbstbewußtsein ist stärker denn je: Ich kann Virus. Auch als Einzelkandidat hätte ich Chancen gehabt. Ja, ich kann Kanzler.

Kanzlerkandidaten sollten nicht nur angeberisch und utopisch - um nicht zu sagen: verlogen - argumentieren. Sie müssen einen Leistungskatalog vorlegen. Meine Leistungsdaten sind imposant:

Ich habe die Lockdowns erreicht. Nichts ging, fuhr und flog mehr. Na, ja - fast. Kurz: Ich habe Kontakte verhindert und damit die Umwelt geschont. **Ich kann Umweltpolitik.**

Ich habe das massenhaft Impfen in Gang gesetzt und nicht geringe Gewinne den Aktionären der Pharma zuge-

schoben und millionenschwere Steuer-gelder von Geimpften wie Ungeimpften „vermittelt“. Das mit der Impfquote krieg ich auch noch hin. Viele, viele Corona-Gewinnler habe ich glücklich



gemacht. **Ich kann Wirtschaftspolitik und Gesundheitspolitik sowieso.** Besonders stolz bin ich, dass ich den Begriff „Herdenimmunität“ angeregt habe. Ich denke dann immer an Lemminge, die sich von der Klippe zu Tode stürzen.

Ich habe Kindergärten, Schulen und Universitäten, Frisöre und ... und ... und ... schließen lassen. **Ich kann Bildungspolitik und Sozialpolitik.**

Mit der Nachverfolgung - bald wohl auch von Ungeimpften - habe ich bewiesen: **Ich kann Sicherheitspolitik.**

Softwarebastler und Hardwareproduzenten habe ich glücklich gemacht. Die vielen kleine Blockwarte überfluteten mein Postfach mit Dankeschreiben. - Schluss jetzt mit Eigenlob, denn Sie erkennen: **Ich kann alles.**

Ich verwahre mich gegen den Vorwurf der Clan-Kriminalität. Was kann ich dafür, was meine (DELTA-) Mutantenn so treiben.

Den Gedanken, ob ich vielleicht als Helfershelfer missbraucht wurde, verdränge ich. Ich frage mich nicht, ob ich etwa zum Handlanger machtgieriger Minister wurde, publizitätsgeiler Politiker, die durch Talkshows tingeln und anderer sogenannter Experten für Nichts und Alles, zum Arbeitbeschaffer einer unwilligen Bürokratie, die jetzt nach IT-Unterstützung giert.

Soll ich Ihnen den Trick hinter meiner Erfolgsbilanz verraten? Angst macht gehorsam.

Grüße Vitus

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Siehe Innenseiten.

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad wird noch bekannt gegeben.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg wird noch bekannt gegeben.

Kontakt zu linksjugend rothenburg:

facebook.com/solid-rothenburg-a.N.

E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe: noch nicht bekannt



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung

Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,

72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75

72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg